

Danuta Olszewska

Danzig als ‚verlorene Heimat‘ und umstrittener Erinnerungsort in der Zeitschrift „UNSER DANZIG“

Studia Germanica Gedanensia 35, 13-31

2016

Artykuł został opracowany do udostępnienia w internecie przez Muzeum Historii Polski w ramach prac podejmowanych na rzecz zapewnienia otwartego, powszechnego i trwałego dostępu do polskiego dorobku naukowego i kulturalnego. Artykuł jest umieszczony w kolekcji cyfrowej bazhum.muzhp.pl, gromadzącej zawartość polskich czasopism humanistycznych i społecznych.

Tekst jest udostępniony do wykorzystania w ramach dozwolonego użytku.

SPRACHE LOKAL BETRACHTET

Danuta Olszewska
Universität Gdańsk

Danzig als ‚verlorene Heimat‘ und umstrittener Erinnerungsort in der Zeitschrift „UNSER DANZIG“

Danzig as a Lost ‚Local Homeland‘ and Controversial Site of Memory as Seen in the Journal *Unser Danzig*. – This article presents a political profile of the journal *Unser Danzig*, published between 1949 and 2008 by the *Bund der Danziger*. This organization consisted of Germans who were forced to leave their ‚local homeland‘ in 1945. The political narrative of the journal is dominated by the difficult and controversial subject of the flight and expulsion of the German civilian population in the years 1945–1949. The article concentrates on the *topoi* that are typical for this subject and that constitute argumentative models, which the politically committed and expelled authors implement in their texts. The article also indicates the evolution of several *topoi* over a period of nearly sixty years.

Keywords: ‚local homeland‘, flight and expulsion, the politics of memory, *topos*, collective memory, cultural memory

Danzig jako ‚utracona mała ojczyzna‘ i kontrowersyjne miejsce pamięci w świetle czasopisma „UNSER DANZIG“. – Celem niniejszego artykułu jest przedstawienie politycznego profilu czasopisma „UNSER DANZIG” wydawanego w latach 1949–2008 w Lubecie przez zrzeszonych w Związku Gdańszczyzan Niemców (Bund der Danziger), którzy w 1945 roku musieli opuścić swoją ‚małą ojczyznę‘. Polityczna narracja czasopisma zdominowana jest przez trudny i kontrowersyjny temat ucieczki i wypędzenia niemieckiej ludności cywilnej w latach 1945–49. Artykuł koncentruje się na charakterystycznych dla tej tematyki toposach jako wzorcach argumentacyjnych, jakie realizują w swoich tekstach politycznie zaangażowani wypędzeni. Analiza wskazuje jednocześnie na ewolucję niektórych toposów na przestrzeni blisko 60 lat.

Słowa kluczowe: ‚mała ojczyzna‘, ucieczka i wypędzenie, polityka wspomnienia, topos, pamięć zbiorowa, pamięć kulturowa

1. „UNSER DANZIG“ in Gdańsk

Seit über sechzig Jahren nach dem Kriegsende kommt in die Bibliothek der Polnischen Akademie der Wissenschaften in Gdańsk eine Zeitschrift, die in ihrem Titel den Ausdruck „Unser Danzig“ enthält. Bis zum Jahr 2008 war die Zeitschrift mit diesem Teiltitel eine selbstständige Heimatzeitschrift, die als Presseorgan des Bundes der Danziger fungierte.

Sie wurde seit 1949 von ehemaligen deutschen, in einem Bund organisierten Danzigern in Lübeck herausgegeben, zunächst als Halbmonatszeitschrift und seit 1994 als Monatszeitschrift. Ihr vollständiger Titel lautete bis Dezember 2008: „UNSER DANZIG. Mitteilungsblatt des Bundes der Danziger“. Die Herausgeber setzten sich zum allgemeinen Ziel, den Heimatgedanken zu pflegen und Danzig als Heimatstadt für deutsche Danziger, die die Stadt 1945 verlassen mussten, vor dem Vergessen zu bewahren. Diesem Zweck dienten einerseits informationsbetonte Texte über das frühere Danzig (Danzig vor 1945) und über das heutige Gdańsk zur Geschichte, Kultur und Wirtschaft, andererseits meinungsbetonte Texte, d.h. politische Kommentare, die als Instrumente der Heimatpolitik gedacht waren, sowie kontaktorientierte Texte, zu denen Mitteilungen über zahlreiche Veranstaltungen des Bundes der Danziger und anderer Heimatorganisationen, Gratulations- und Todesanzeigen u.ä. gehörten.¹ Die Zeitschrift galt insgesamt als „Sprachrohr der deutschen Danziger für die Öffentlichkeit“. Dabei dachten die Herausgeber nicht nur an den deutschen Leserkreis, d.h. die deutsche Minderheit in Gdańsk, sondern wohl auch an die aktuellen, polnischen Bürgerinnen und Bürger von Gdańsk, denen die Zeitschrift regelmäßig in den Jahren 1949–2008 zugesandt wurde.

Seit Januar 2009 erscheint die Zeitschrift offiziell unter dem gemeinsamen Titel mit dem bis dahin getrennt erscheinenden Mitteilungsblatt „DER WESTPREUSSE“, d.h. als „DER WESTPREUSSE – UNSER DANZIG“, wobei der Ausdruck „Unser Danzig“ ein Untertitel ist. Die Zeitschrift wird nun in Münster-Wolbeck als Bundesorgan und Informationsmedium der Landsmannschaft Westpreußen monatlich herausgegeben und bietet weiterhin umfassende Berichterstattung über Westpreußen, das Land an der unteren Weichsel, über seine früheren und heutigen Einwohner, über seine Geschichte und Kultur. Die Danziger Themen werden in dieser erweiterten Fassung der Heimatzeitschrift aufgrund ähnlicher Zielsetzungen des Bundes der Danziger und der Landsmannschaft Westpreußen fortgesetzt, allerdings muss Danzig den Zeitungsumfang (etwa 40 Seiten pro Nummer) mit vielen anderen Städten als Heimatorten für ehemalige deutsche Einwohner von Westpreußen teilen.

Die folgenden Reflexionen beziehen sich auf den Zeitraum 1949–2008, auf die Zeit also, in der die Heimatzeitung „UNSER DANZIG“ vom Bund der Danziger herausgegeben wurde und die hauptsächlich der Danziger Problematik gewidmet war. Da die Zeitschrift nach einer langen Zeit, d.h. nach knapp 60 Jahren, aufgehört hat zu bestehen, erweist es sich als lohnend einen Blick auf ihren Charakter zu werfen.

2. Ziele, Struktur und Thematik von „UNSER DANZIG“

Wie bereits erwähnt, wurde die Zeitschrift „UNSER DANZIG. Mitteilungsblatt des Bundes der Danziger“ seit 1949 bis 2008 in Lübeck herausgegeben. Zwar verfügt die heutige Bibliothek in Gdańsk nicht über alle Jahrgänge und Nummern der Zeitschrift, jedoch kann man die fehlenden Jahrgänge und Exemplare eher zu den Ausnahmen zählen, so dass die

¹ Die Begriffe „informationsbetonte“, „meinungsbetonte“ und „kontaktorientierte Presstexte“ verwende ich im Folgenden in Anlehnung an LÜGER 1995: 66–73.

Repräsentativität des insgesamt zugänglichen Bestands in der heutigen Bibliothek von Gdańsk als gewährleistet angesehen werden kann. Obwohl seit der ersten Ausgabe der Zeitschrift fast 60 Jahre vergangen sind und in ihrem Textdesign Veränderungen beobachtet werden können, lassen sich die allgemeine Makrostruktur, die Textsortendifferenzierung und ihre thematischen Schwerpunkte als relativ feste Komponenten problemlos identifizieren. Unter Beachtung der Reihenfolge kann man vier thematisch-strukturelle Hauptteile unterscheiden: a) politische Aktualitäten, b) Geschichte und Kultur, c) Unterhaltung und d) Mitteilungen.

Die ersten Seiten der Zeitschrift sind für politische Fragen reserviert, d.h. für Texte, die aktuelle Ereignisse der deutschen politischen Bühne betreffen und die mit dem Themenkomplex ‚Flucht und Vertreibung‘ der Deutschen nach 1945 zusammenhängen. Es handelt sich einerseits um informationsbetonte Texte, d.h. Berichte über verschiedenartige Treffen und Gespräche von Vertretern des Bundes der Vertriebenen mit deutschen Politikern, meist Vertretern der Bundesregierung oder des Bundestags. Zu einer festen Tradition gehören hier Berichte und gedruckte Festreden von verschiedenen Jubiläumsfeiern, vom Tag der Heimat, vom Tag der Danziger und ähnlicher Veranstaltungen. Andererseits finden sich im Initialteil der Zeitschrift meinungsbetonte Texte, die politische, mit der Thematik der Vertreibung verbundene Ereignisse kommentieren. Häufig sind es abgedruckte Texte, die aus den deutschen Zeitungen (z.B. der FAZ) oder aus dem Deutschen Ostdienst (DOD), dem Presseorgan des Bundes der Vertriebenen, kommen. Dieser erste Teil der Zeitschrift ist also der Medienpolitik der „organisierten Vertriebenen“ gewidmet.² Medienakteure sind politisch aktive Organisierte, d.h. Mitglieder des Bundes der Vertriebenen, des Bundes der Danziger sowie Mitglieder anderer Landsmannschaften, die die deutschen Heimatvertriebenen repräsentieren. Sie betreiben eine aktive Pressearbeit, werben für ihre politischen Interessen und wollen sie im deutschen medialen Erinnerungsdiskurs publik machen.

Einen nächsten Teil der Zeitschrift bilden informationsbetonte Texte aus dem Bereich der Geschichte und Kultur der Stadt. Sie beziehen sich hauptsächlich auf das frühere Danzig, in dem die deutsche Bevölkerung dominant war und die das Bild sowie die Entwicklung der Stadt vom Mittelalter an bis zum Zweiten Weltkrieg mitgestaltete. Repräsentiert sind alle historischen Epochen und geschichtsträchtige Ereignisse, in die Danzig mit seiner spezifischen Lage und politisch-wirtschaftlichen Position eingebunden war. So findet sich z.B. eine historische Serie über Danzigs Handelsbeziehungen mit anderen Ländern, insbesondere mit den Mitgliedern der Hanse, die das historische Stadtbild stark geprägt haben. Eine andere Textserie aus diesem Teil verfolgt wiederum das Danziger Volksleben, also Sitten und Bräuche, an die sich die früheren Danziger ebenfalls gern erinnern. Jede Märzausgabe dagegen ist traditionell den Ereignissen von 1945 gewidmet, die Prozesse der Flucht und Vertreibung zur Folge hatten. Das heutige Gdańsk, d.h. die Stadt nach 1945, ist viel weniger präsent; es erscheint aber in Texten, besonders nach der politischen Wende

² Die Bezeichnung „organisierte Vertriebene“ stammt von RÖGER (2011: 141), der die sog. Betroffenen als Akteure im medialen Erinnerungsdiskurs in drei Kategorien einteilt: „politisch aktive Organisierte“, „Nicht-Organisierte“ und „Andere (versöhnungswillige) Vertriebene“.

in Polen, also nach 1989, um auf die gegenwärtige Entwicklung der Stadt hinzuweisen oder das Vergangene vom Gegenwärtigen stärker abzugrenzen. Dies manifestiert sich vor allem bei der Beschreibung der früheren und der heutigen Architektur von Danzig. Besonders dieser geschichtlich-kulturelle Teil der Zeitschrift ist multimodal gestaltet, d.h. sprachliche Texte begleiten zahlreiche Fotos vor allem mit Motiven des alten Danzig.

Eine feste Komponente der Zeitschrift bilden auch literarische Formen. Veröffentlicht werden Erzählungen, Romane in Auszügen (z.B. „Paul Beneke“ von Wilhelm Wolfslast) sowie Gedichte, die von ehemaligen Danzigern zur Publikation angeboten wurden. Zu diesem Teil kann man auch Tagebücher zählen, die persönliche Erinnerungen an Danzig von privaten Personen enthalten. Texte aus diesem Teil haben eine unterhaltende und/oder eine expressive Funktion: Ihre Autoren erinnern sich an ihre verlorene Heimat, ohne dies politisch instrumentalisieren zu wollen.

Schließlich wurde die Zeitschrift als ein Mitteilungsblatt konzipiert, d.h. als Plattform für die Kommunikation zwischen den ehemaligen deutschen Einwohnern der Stadt, die nach dem Zweiten Weltkrieg ihre Danziger Heimat verlassen mussten und in unterschiedlichen Orten von Deutschland ihre neue Heimat gefunden haben. Daher enthält jede Nummer eine große Anzahl von unterschiedlichen Anzeigen (Geburtstagswünsche, Gratulationen, Todesanzeigen) und Mitteilungen über zahlreiche Heimattreffen, die entweder bereits stattgefunden haben oder erst geplant sind. Es handelt sich um kontaktorientierte Texte, die das Gefühl der Verbundenheit zwischen den deutschen Danzigern als Heimatvertriebenen hervorheben und ihre Danziger Identität verstärken sollen.

Im Folgenden werden lediglich Texte aus dem ersten, politischen Teil der Zeitschrift näher betrachtet, d.h. Texte, die den Herausgebern zur Heimat- und Erinnerungspolitik dienen.

3. Vertreibung und Vertreibungserinnerung

Im Mai 1945 ging das Elend des Zweiten Weltkrieges zu Ende. Für die deutsche Zivilbevölkerung begann aber die Zeit leidvoller Erfahrungen. Gemäß den Potsdamer Beschlüssen mussten Millionen von persönlich unschuldigen Deutschen aus heutigen ostmitteleuropäischen Ländern, u.a. auch aus Polen und Danzig, umgesiedelt werden. Die Umsiedlung erfolgte nicht immer unter der Kontrolle der Alliierten Regierungen auf humane Art und Weise. Die Massenmigrationen der deutschen Bevölkerung in den Jahren 1945-49 werden von den Historikern als ein vielschichtiger Prozess dargestellt, der nicht nur mit Hilfe solcher Bezeichnungen wie „Flucht“, „Umsiedlung“, „(Zwangs-)Aussiedlung“, „Transfer“, „Deportation“ oder „Evakuierung“ beschrieben wurde.³ Aus der Vielfalt von negativen Erfahrungen und Erinnerungen ging vor allem der Begriff der Vertreibung hervor, der Erinnerungsdebatten in Deutschland von Anfang an am stärksten geprägt hat und der im Laufe der Zeit in immer mehreren Komposita, wie „Vertriebenenverbände“, „Vertriebenenorganisationen“, „Vertriebenenpolitiker“, „Heimatvertriebene“, „Vertriebenentreffen“, „Vertreibungsoffer“,

³ Zur Diskussion um die genannten Bezeichnungen siehe z.B. RÖGER (2011: Kap.VIII), BORODZIEJ (2003: 88f.), PIKORSKI (2007: 53-64).

„Vertreiberstaaten“, „Massenvertreibungen“, „Bundesvertriebenengesetz“, „Vertriebenenarbeit“ u.a. gefestigt wurde.⁴

Im Jahr 1958 entstand der Bund der Vertriebenen (BdV) als ein Dachverband aus jenen Organisationen, die die Vertriebenen als „die vom Leid jener Zeit am schwersten betroffenen Menschen“ darstellen, wie es in der *Charta der deutschen Heimatvertriebenen* von 1950 heißt. Der BdV wurde zu einer zentralen politischen Plattform der sog. organisierten Vertriebenen, d.h. der Vertriebenenpolitiker, die die Interessen aller Heimatvertriebenen vertreten wollten. Mit staatlicher Förderung entwickelten sie ein beachtliches Netzwerk von Organisationen unterschiedlichster Art: Landsmannschaften und Landesverbände, Ortsverbände, Heimatkreisvereinigungen bzw. Heimatortgemeinschaften, die alle zu einer öffentlichen Institution geworden sind (HAHN, Eva/HAHN, Hans Henning 2010: 516 f.). Trotz der Deklarationen, sie wurden „nicht vom Verstande als notwendig erkannte, zur Erreichung eines bestimmten materiellen oder politischen Zwecks geschaffene Organisationen“ gegründet, sondern „als organisatorisch erwachsene Form des Zusammenschlusses von Menschen gleichen Stammes und gleicher Heimat“ (HAHN, Eva/HAHN, Hans Henning 2010: 514), waren die Mitglieder der Vertriebenenverbände recht engagierte Politiker, die sowohl auf das öffentliche Leben der Bundesrepublik Deutschland als auch auf die deutsch-polnischen Beziehungen seit den 1950er Jahren bis zum Beitritt Polens zur EU einen großen Einfluss ausgeübt haben.⁵ Ihr politischer Weg sowie ihre politische Bedeutung unterlagen zwar einem Wandel, der durch politische Veränderungen in beiden Ländern bedingt war, doch insgesamt war die Haltung der Vertriebenenorganisationen, darunter auch des Bundes der Danziger, durch Anklagen, Ansprüche und Forderungen gekennzeichnet. Adressaten der Anklagen und Forderungen waren sowohl deutsche als auch polnische Regierungspolitiker. Gründe für sich wiederholende Ansprüche lieferten viele politische Probleme, die nicht im Sinne der Vertriebenenpolitiker gelöst wurden und die sie zu einer kritischen /kämpferischen Haltung veranlassten. Auf ihrem Programm, das sie u.a. durch eine aktive Pressearbeit realisierten, stand ein permanenter Kampf entweder gegen oder um etwas. In Bezug auf die deutsch-polnischen Beziehungen ging es jahrelang um den Kampf gegen die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze im Jahr 1970, gegen den deutsch-polnischen Grenzvertrag (1990), gegen Bierut-Dekrete und eine rechtswidrige polnische Gesetzgebung, gegen das Verschweigen der Vertreibung durch polnische Schulbuchautoren (in den 1970er Jahren), gegen die Bezeichnungen „Umsiedlung“, „Aussiedlung“ oder „Transfer“ und damit gegen die vermeintliche Geschichtsfälschung durch Polen, gegen den Beitritt Polens zur EU, um nur die wichtigsten Konfliktfelder zu nennen. Gleichzeitig handelte es sich um die Wiedergewinnung von Ostdeutschland und die Rückkehr in die alte Heimat (besonders in den 1950er und 1960er Jahren), um die Grenzen von 1937 und eine neue Zukunft im Osten, um das sog. Recht auf die Heimat, um den Schlüsselbegriff ‚Vertreibung‘,

⁴ Eva HAHN und Hans Henning HAHN sprechen von einem „Mythos der Vertreibung“, zu dessen Konstruktion Ostdeutsche Landsmannschaften beigetragen haben (2010: 455 f., 514).

⁵ JAKUBOWSKA beschreibt die Tätigkeit des Bundes der Vertriebenen in drei Phasen: 1957–1970, 1970–1990 und 1990–2004 (2012).

um die Erinnerung an die deutschen Vertriebenen und ihren Opferstatus, um die Anerkennung der Vertreibung als eines Unrechts, eines Verbrechens, einer Menschenrechtsverletzung, um die Entschädigung der Vertreibungsoffer, um die Aufarbeitung der Vertreibungsgeschichte, um die Beachtung der Menschenrechte und schließlich um die Errichtung des Zentrums gegen Vertreibungen in Berlin. Durch ihre revisionistische Rhetorik wurden die Vertriebenenorganisationen zum gesellschaftlichen Feindbild in Polen und in Teilen der Bundesrepublik (vgl. z.B. RÖGER 2011, JAKUBOWSKA 2012). Nach 1989 ließ sich zwar in den polnischen Medien eine differenziertere Berichterstattung und ein stärker von Empathie geprägter Blick auf das individuelle Schicksal von deutschen Vertriebenen beobachten, aber mit dem BdV-Vorsitz von Erika Steinbach seit 1998 hörten die polnischen Versuche auf, das traditionelle Zerrbild des BdV zu korrigieren.

Eine kämpferische Rhetorik richteten die Mitglieder des BdV als Interessenvertreter der deutschen Vertriebenen auch an deutsche Regierungspolitiker, die den politischen Hauptinteressen der Verbände trotz Unterstützung, Verständnis und Sympathiebekundungen nicht (immer) nachgekommen sind. Deutschen Medien dagegen haben sie vielfach vorgeworfen, dass sie die Vertriebenen diskriminieren und aus der Öffentlichkeit ausklammern wollen. Im Zug vieler harter Auseinandersetzungen um die Ostverträge, um die Begrifflichkeiten, um die Art und Weise, wie erinnert werden soll, geriet der BdV immer wieder in politische Isolation und erntete zahlreiche kritische Stimmen nicht nur von der polnischen, sondern auch von der deutschen Öffentlichkeit. Feindliche Haltungen gegenüber den Vertriebenenverbänden, die das Erinnern an leidvolle Erfahrungen von Millionen der Deutschen politisch instrumentalisierten, manifestierten viele deutsche Zeitungen, in denen solche negativen Bezeichnungen auftauchten, wie „das politische aggressive Gesicht der Verbände“, „Vertriebenenfunktionäre als Berufsvertriebene“, „Vertriebene als Ewiggestrige, die politische Landschaft vergiften“ u. ä. Negative Aufmerksamkeit zog der BdV seit 1998 auf sich, als Erika Steinbach zur Präsidentin des Bundes gewählt wurde. Ihre aggressiven Forderungen, die sie vor allem gegenüber Polen und Tschechien erhob, ähnelten denen aus den 1950er und 1960er Jahren, so dass sich die Präsidentin nicht selten mit dem Imperativ „Erika, gifte nicht!“ konfrontiert sah. Das jahrzehntelang andauernde, schlechte Image der organisierten Vertriebenen war also insgesamt schwer zu überwinden. Dies bemerkten u.a. auch Eva HAHN und Hans Henning HAHN (2010), indem sie eines der Kapitel ihres Buches folgendermaßen betitelt haben: „Der altneue Trend nach einem halben Jahrhundert“ und dieses Kapitel Erika Steinbach widmeten.

Zugleich weisen die beiden Autoren darauf hin, dass die Vertriebenenverbände im Laufe des vergangenen halben Jahrhunderts auch viel Unterstützung in der deutschen Öffentlichkeit fanden und auf ihrem Konto auch politische Erfolge verzeichnen konnten. „Ihren Erfolg verdanken sie vor allem ihrer eigenartigen Stellung in der deutschen Gesellschaft. [...] Ihre Verbände sind zu einer staatlich geförderten öffentlichen Institution geworden, die von der Aura der Unschuld und eines vermeintlich von den einstigen Kriegsgegnern an der deutschen Nation verübten Unrechts umwoben ist. [...] Die Vertriebenenorganisationen schufen und repräsentieren ein Milieu, das kulturell und politisch rasch in die Isolation geriet und dennoch bis heute im Symbolgefüge deutscher nationaler Identität hohes Ansehen genießt“ (ebd.: 517).

Die mediale Erinnerungskultur prägten aber (und prägen immer noch) nicht nur sog. organisierte Vertriebene, d.h. aktive Mitglieder der Vertriebenenverbände, zu denen u.a. der Bund der Danziger gehört. Als Akteure des Erinnerungsdiskurses gelten auch „nicht organisierte Vertriebene“ (RÖGER 2011: 141), die von der Medienpolitik der Vertriebenenverbände fernstanden/fernstehen. Eva HAHN (2010) nennt sie „die >anderen< Vertriebenen“ und meint in erster Linie Schriftsteller und Dichter als Autoren von persönlichen Erinnerungen, die ihre Texte nicht in den Medien der Vertriebenenorganisationen publizieren ließen/lassen. Ihre literarischen Formen des Erinnerns blieben und bleiben außerhalb der politischen Öffentlichkeit und außerhalb der Presselandschaft. Sie enthalten Erinnerungen eines Einzelnen, der ohne anzuklagen viele Aspekte individueller Erlebnisse, eigener Erfahrungen, Emotionen und Reflexionen eines Vertriebenen festzuhalten versucht. Als Vertreter solcher individuellen, literarisch gefassten Erinnerungen nennen Eva HAHN und Hans Henning HAHN (2010) Horst Bienek, Siegfried Lenz, Günter Grass und weisen zugleich darauf hin, dass die belletristische Literatur zum Thema „Flucht und Vertreibung“ recht umfangreich ist, wie man der Geschichte des Germanisten und Literaturhistorikers Louis Ferdinand Helbig von 1988 entnehmen kann. Die Vertreibungsliteratur umfasst nämlich „Vierundsiebzig Romane bis etwa 1986“ und eine „große Zahl von Erzählungen, Kurzgeschichten, Gedichten und Gedichtbänden, Anthologien, Hörspielen und Fernsehverfilmungen“ (HAHN, Eva/HAHN, Hans Henning 2010: 567). Zum literarischen Erbe der Nachkriegsliteratur kann man auch literarische Formen von Tagebüchern zählen, z.B. von Marion Gräfin Dönhoff oder Christian Graf von Krockow, die – ähnlich wie andere Formen des literarischen Erinnerns – voll von menschlichen, mit dem Heimatverlust verbundenen Gefühlen sowie von Reflexionen über Ursachen, Schuld und Verantwortung sind.⁶ Anspruchsvolle Erinnerungsbilder der Vertriebenenorganisationen sind hier kaum zu finden. Die Schriftsteller, Dichter, Autoren von Tagebüchern, Reiseberichten oder Reportagen standen dem mit viel Nachdruck konstruierten Mythos der Vertreibung fern und trugen weitgehend zur Bewahrung der kollektiven Erinnerungen an die Vertreibung bei, obwohl sie in der Öffentlichkeit nicht so einflussreich waren wie die von Vertriebenenpolitikern verbreiteten und staatlich geförderten Erinnerungsbilder (HAHN, Eva/HAHN, Hans Henning 2010: 567).

4. „UNSER DANZIG“ und seine politische Narration

‚Flucht und Vertreibung‘ ist bis heute ein kontroverser geschichtlicher Themenkomplex, an dem Danzig/Gdańsk unmittelbar beteiligt war. Noch vor dem Kriegsende verließen viele deutsche Einwohner ihr Heimatland, die Freie Stadt Danzig, da sie mit Zwangsaussiedlungen schon seit der Konferenz in Jalta (1943) gerechnet haben. Nach dem Einmarsch der Roten Armee (1944) begann die Phase der Vertreibungen und Zwangsaussiedlungen, die besonders bis zur Verkündung der Potsdamer Beschlüsse im August 1945, aber auch später, sehr drastische Ereignisse und Tausende von Opfern unter der deutschen Zivilbevölkerung mit sich brachten. Ende Juli 1945 verblieben im zu 90% durch Bombardierungen

⁶ Zu den literarischen Erinnerungsbildern siehe auch OSSOWSKI 2011.

zerstörten Gdańsk/Danzig noch ungefähr 120 000 Deutsche und etwa 8 000 Polen (LOEW 2013: 232). In der Zeit von 1945–1949 wurden aus dem Gebiet der ehemaligen Freien Stadt Danzig (seit dem 30. März 1945: Woiwodschaft Gdańsk) etwa 494 000 Deutsche ausgesiedelt. Seit Juni 1945 fingen auch die Danziger Flüchtlinge, Vertriebene und Zwangsaussiedler an, sich in der neuen westdeutschen Umgebung zu integrieren.⁷ Zunächst schlossen sie sich zu einem Danziger Hilfskomitee zusammen und im März 1946 gründeten sie in Lübeck und Hamburg den Bund der Danziger (BdDA), der seit 1948 eine offizielle Tätigkeit entwickeln durfte. Seit 1957 ist der Bund der Danziger Mitglied im Bund der Vertriebenen. Mit dem Dachverband, dem BdV, teilen die organisierten Danziger allgemeine Ziele und Aufgaben. Auf der heutigen Webseite stellt sich der BdDA als eine Gemeinschaft dar, die „die Erhaltung und Entwicklung der Danziger Kultur, der Sprache und der Mundarten sowie der Danziger Identität zum Ziel hat und damit ausschließlich förderungswürdige Zwecke verfolgt“. Und weiter kann man lesen: „Wir verbinden unsere seit 1939–45 ‚verstreut‘ wohnenden **Angehörigen** zu einer zusammen haltenden, sich in allen Lebenslagen beistehenden Gemeinschaft: Pflege Danziger gesellschaftlicher und kultureller Wurzeln auf zeitgemäße Art, aber mit Erhaltung überlieferter Traditionen und Werte“⁸. In der aktualisierten Version der Satzung des BdDA vom März 2013 findet sich neben den oben zitierten Zielen auch das Ziel: „Verwirklichung der menschenrechtlichen Grundlagen der Danziger und Aufrechterhaltung des Rechtes auf die Heimat in Bezug auf Danzig im Rahmen der freiheitlichen und demokratischen Ordnung“. Die letzten Worte zeigen, dass die Berufung auf Menschenrechte und der damit präsupponierte Vorwurf, sie würden bis heute nicht beachtet, sowie auf den diffusen, in der Zeit des Kalten Krieges verwendete Slogan „Recht auf die Heimat“ im Argumentationsmuster der organisierten Vertriebenen immer wieder auftauchen und eine wahre Versöhnung, die sie deklarieren, mit Skepsis wahrnehmen lassen.

Zwischen diesen inkohärenten Haltungen, d.h. zwischen dem Willen, „den Danziger Heimatgedanken zu pflegen“ und dem Bedürfnis, andere für den Verlust der Heimat zu beschuldigen, betrieb der BdDA seit 1949 bis 2008 eine aktive Pressearbeit als Medienakteur, indem er das Mitteilungsblatt „UNSER DANZIG“ herausgegeben hat. Bei der Realisierung der Ziele lassen sich in der Zeitschrift zwei früher angedeutete Erinnerungsperspektiven beobachten: eine politische Perspektive, die von politischen Texten organisierter Vertriebener repräsentiert wird und eine persönliche Perspektive, die in Texten eines Einzelnen zum Vorschein kommt, d.h. in persönlichen Reiseberichten, Fragmenten von Tagebüchern oder in literarischen Formen, z.B. Gedichten, Erzählungen u.ä.

Im Folgenden wird versucht, die erinnerungspolitische Perspektive der Zeitschrift „UNSER DANZIG“ näher zu beleuchten. Besondere Aufmerksamkeit richtet sich auf die Zeit nach 2000. Auf diese Zeit fiel ein Erinnerungsboom in deutschen Medien, der vor allem durch drei große mediale Ereignisse bedingt war, und zwar durch die Diskussion um die Novelle „Im Krebsgang“ von Günter Grass, die Sendereihen zur Flucht und Vertreibung

⁷ Bei der Darstellung des Schicksals von Deutschen infolge des Zweiten Weltkrieges werden nicht nur die Phasen: Flucht, Vertreibung und Zwangsaussiedlung, sondern auch die Phase der Integration unterschieden (BORODZIEJ 2003: 98 f.).

⁸ Fettdruck im Original.

im deutschen Fernsehen und die Debatte um das Zentrum gegen Vertreibungen in Berlin, dessen Idee vom BdV im Jahr 1999 vorgestellt wurde. Mit diesen medialen Ereignissen, die auch in „UNSER DANZIG“ stark zum Vorschein kommen, war die Wiederentdeckung des Themas „Flucht und Vertreibung“ verbunden. Berücksichtigt werden im Folgenden hauptsächlich die Jahrgänge 2000–2001, 2004 und 2007–2008.⁹ Insgesamt wurden also etwa sechzig Nummern von „UNSER DANZIG“ im Hinblick auf sein politisches Profil näher betrachtet. Der Jahrgang 2004 wurde gewählt, da die Debatte um die Vertreibung im Zusammenhang mit dem Beitritt Polens (sowie anderer Länder) zur EU im Rahmen des BdV wieder lebhafter geworden war. Die Jahrgänge 2007 und 2008 sind die letzten Jahrgänge der Zeitschrift, die unter dem selbstständigen Titel „UNSER DANZIG. Mitteilungsblatt des Bundes der Danziger“ herausgegeben wurde. Die grundlegenden Fragen, die sich bei der Analyse des politischen Teils der Zeitschrift stellten, waren die folgenden: Welche Argumentationsmuster und Argumentationsstrategien sind für das politisch gesteuerte Erinnern der Vertriebenen charakteristisch? Kann man bei deren Realisierung einen Wandel beobachten? Wie stellen sich die Vertriebenenpolitiker selbst dar und wie nehmen sie die anderen, hier: Polen, wahr? Als Antwort auf diese Fragen lassen sich zunächst vier dominante Topoi im Sinne Argumentationsmuster, Gesichtspunkte, Denkweisen der Vertriebenenpolitiker unterscheiden. Sie werden im Folgenden näher beleuchtet.

4.1 Topos des Opfers

In den politischen Kommentaren, deren Autoren politische Repräsentanten der Vertriebenen, sog. organisierte Vertriebene, sind, stellen sich die ehemaligen deutschen Danziger – so wie die früheren Bewohner anderer ostdeutscher Gebiete – vor allem als Opfer dar. Dieses Argumentationsmuster ist im ersten politischen Teil der Zeitschrift nach wie vor am stärksten ausgeprägt. Es ist immer noch, d.h. so wie in den früheren Jahrzehnten des zwanzigsten Jahrhunderts, sehr lebendig. Diesen Topos kann man folgendermaßen paraphrasieren: *Wir haben unsere Heimat verloren, wir wurden vertrieben/zwangsweise ausgesiedelt, also sind wir Opfer, genauer gesagt Vertreibungsoffer, Opfer des Unrechts, Opfer der Politik, Opfer der Geschichte.*

Zunächst manifestiert sich dieses Argumentationsmuster in den konsequent verwendeten Begriffen, die negative Konnotationen hervorrufen und eine Emotionalisierungsstrategie realisieren lassen. Einerseits sind es Bezeichnungen für geschichtliche Nachkriegsereignisse, die das Merkmal ‚Opfer sein‘ enthalten, wie „Vertreibung“, „Vertreibungsschicksal“, „Vertreibungsunrecht“, „Vertreibungsgeschehen“, „Vertreibungstragödie“, „Heimatverlust“, „Entrechtung“, „Enteignung“, „Entwurzelung“. Feste Elemente der Emotionalisierung sind hier auch die regelmäßig verwendeten Bezeichnungen wie „Leid“, „Tod“, „leidvolle Geschichte“, „erschütternde Ereignisse“, „Grausamkeiten“ u.a. Andererseits sind es Bezeichnungen für die von der Vertreibung betroffenen Menschen, darunter explizite Bezeichnungen, hier vor allem der Schlüsselbegriff: „Vertreibungsoffer“, und implizite

⁹ Jeder Jahrgang umfasst 12 Nummern und jede Nummer hat einen Umfang von etwa 40 Seiten. „Politische Texte“, die jede Nummer eröffnen, nehmen im Durchschnitt 3–4 Seiten ein.

Ausdrucksmittel, die den Opferstatus der Vertriebenen präsupponieren, wie „Heimatvertriebene“; „Wir Heimatvertriebenen“; „Wir Heimatlose und Fremdlinge auf dieser Erde“; „gewaltsam Vertriebene entwurzelte Menschen“; „heimatlose Menschen“; „die am schwersten von Heimatlosigkeit Betroffenen“; „Millionen vom Schicksal geschlagenen Menschen“; „Millionen im Geiste getöteten Menschen“; „Millionen heimatloser, verzweifelter Menschen“; „die aus ihrer Heimat verbannten Menschen“; „die am schwersten betroffenen Kriegsoffer, Erlebnisgeneration, die Leid, Armut, Unglück und Elend erfahren musste“ und in ganzen Prädikationen: „Vertriebene, die losgelöst wurden aus der von Kindheit an vertrauten Landschaft“; „Vertriebene, die gewaltsam in eine neue Umgebung verpflanzt wurden“; „Menschen, die aus ihrer Heimat herausgerissen wurden“; „Mit der Vertreibung aus unserer Heimat wurde uns, Danzigern, ein schweres Schicksal zuteil, das uns vom Ursprung unseres Daseins löste. Überwunden haben wir diesen schmerzhaften Prozeß bis heute nicht“ u.a.

In der Geschichte des zwanzigsten Jahrhunderts, das besonders stark durch zwei Weltkriege, den Holocaust, selbstgewählte oder erzwungene Migrationen geprägt war, ist der Topos des Opfers hochaktuell und in vielen historischen Kontexten präsent. Im Kontext des Zweiten Weltkriegs wurde der Opferstatus in erster Linie für die NS-Opfer reserviert. Der Opferdiskurs war dabei hauptsächlich auf den Holocaust ausgerichtet. Manche Wissenschaftler, wie GOSCHLER (2005), sprechen aber von zwei Opferdiskursen und zwei Opfermodellen. Gemeint ist einerseits ein partikularistischer Opferdiskurs, dem ein partikularistisches Opfermodell zugrundeliegt, bei dem zwischen den NS-Opfern und deutschen Kriegsoffern, darunter auch den deutschen Vertriebenen, unterschieden wird. Dieser Opferdiskurs und dieses Opfermodell dominierten seit den 1970er bis zu den 1990er Jahren, als im Rahmen der Auseinandersetzungen mit der Hitlerzeit die Opfer des Nationalsozialismus und des Holocaust im Mittelpunkt öffentlicher Diskussionen standen. In den 1950er und 1960er Jahren dagegen dominierte in der Bundesrepublik ein integrationistischer Opferdiskurs, für den ein integrationistisches Opfermodell charakteristisch war. Dieses Modell bildet eine Opferkategorie und differenziert nicht zwischen den einzelnen Opfergruppen. Hier spielt der Kontext des Opferwerdens keine entscheidende Rolle, so dass die nicht-deutschen Opfer des Nationalsozialismus, in erster Linie die jüdischen Opfer, und die deutschen Kriegsoffer als gleichwertige Opferkategorien behandelt werden können (GOSCHLER 2005: 874). Die Zeit um die Jahrtausendwende bezeichnet der Autor als „Renaissance des integrationistischen Opferdiskurses“ (ebd.). Die Debatte um das 1999 vom BdV konzipierte Zentrum gegen Vertreibungen in Berlin und die Integration der Vertreibung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg in die gesamteuropäische Geschichte kann die Aktualität des integrationistischen Opfermodells nur bestätigen.

Eva HAHN und Hans Henning HAHN bemerken, dass die Vertriebenenorganisationen sich „von Anfang an als Verbände der unschuldigen Opfer schwerer, von den einstigen Kriegsgegnern verübter Unrechtshandlungen“ darstellten (2010: 521). Schaut man in ein beliebiges Exemplar von „UNSER DANZIG“ aus den 1950er oder 1960er Jahren hinein, so findet man sofort ähnliche Bezeichnungen und Formulierungen, die den Opferstatus der deutschen Vertriebenen präsupponieren und die in der Zeit nach 2000 immer noch lebendig sind. Nur aus einer Nummer (Mai 1963) kommen z.B. folgende Formulierungen: „Wir wurden aus unserer Heimat gewaltsam vertrieben“; „Uns wurde das Unrecht zugefügt“; „Uns wurde

das Unrecht der Vertreibung angetan“; „An uns wurde das Unrecht verübt“; „An uns wurde das Unrecht begangen“; „Uns hat das harte Los der Austreibung verschlagen“; „Uns wurde die Heimat geraubt“; „Unsere Rechte wurden verletzt“ u.a. Die Frage der Menschenrechte und die Forderung, diese u.a. auch von Polen zu beachten, spielte im Argumentationsmuster der Vertriebenenverbände seit den 1970er Jahren eine immer größere Rolle und führte zur Neukontextualisierung der Vertreibung der Deutschen, d.h. zur Kontexterweiterung auf Europa. Um sich eine weitere politische Existenz zu sichern, haben sich die Vertriebenenorganisationen anderen Völkern geöffnet und sich für die „freie Heimat der Deutschen und Nicht-Deutschen eingesetzt“ (JAKUBOWSKA 2012: 101). Die heutigen Formulierungen, deren sich die Autoren der in „UNSER DANZIG“ publizierten Texte bedienen, klingen manchmal noch stärker als die oben zitierten und sollen den Opferstatus der vertriebenen Deutschen im Kontext anderer europäischer Vertreibungen eindeutig unterstreichen, wie z.B. die folgenden Phrasen, die aus einem Text stammen, in dem für das Zentrum gegen Vertreibungen in Berlin argumentiert wird (2001): „Vertreibung ist völkerrechtswidrig“; „Vertreibung bedeutet Menschenrechtsverletzung“; „Vertreibung bedeutet Verbrechen“; „Vertreibung ist Gewaltverbrechen“; „Vertreibung ist Verbrechen gegen die Menschlichkeit“. Aus einer Festrede zum Tag der Danziger im August 2004 kommt dagegen die folgende expressive Äußerung, die den Opfercharakter der deutschen Vertriebenen kennzeichnet: „Unsere Menschenwürde, unsere Menschenrechte der deutschen Danziger, auch sie wurden durch die Vertreibung aus der Heimat nicht respektiert, sondern sie wurden eklatant verletzt!“ Solche rhetorischen Mittel zeigen, wie die organisierten Vertriebenen durch konsequent verwendetes Vokabular, durch das Verschweigen des historischen Kontextes, nämlich der verbrecherischen NS-Politik, sowie durch die Parallelisierung der Vertreibungsschicksale ihre Interessen verwirklichen: Aus eigener Sicht verdienen sie als Vertriebene einen Opferstatus und einen festen Platz sowohl im Opferdiskurs als auch in der europäischen Erinnerungskultur.

4.2 Topos des ewigen Kritikers

Organisierte Vertriebene als aktive Öffentlichkeitsakteure und politische Repräsentanten der Vertriebenenverbände erscheinen in der Zeitschrift „UNSER DANZIG“ von Anfang an nicht nur als Opfer, nicht nur als „vom Schicksal am schwersten Betroffene“, sondern auch als diejenigen, die sich stets große historische Aufgaben auferlegen und sich dazu verpflichten, diese zu verwirklichen. Die Realisierung der Aufgaben ist Gegenstand ihrer Heimatpolitik. Man nennt sie nicht umsonst „Vertriebenenpolitiker“. Im Verlauf von etwa sechzig Jahren unterlagen die zu realisierenden Ziele einem Wandel. Sie mussten der aktuellen politischen Situation angepasst werden. Trotzdem lassen sie sich auf einen Nenner bringen und damit den Topos des Kritikers folgendermaßen paraphrasieren: *Da uns ein Unrecht zugefügt wurde, fühlen wir uns verpflichtet, gegen dieses Unrecht zu kämpfen und den uns nicht begnügenden Lösungen gegenüber kritisch zu bleiben.* In den 1950er und 1960er Jahren war es der Kampf gegen die Potsdamer Beschlüsse und damit gegen die aktuelle politische Situation nach 1945, die von Vertriebenenorganisationen stets kritisiert wurden. Aus der Kritik ergaben sich wiederum Forderungen danach, „das Unrecht wiedergutzumachen“

und dies wiederum bedeutete in den 1950er und 1960er Jahren, die verlorenen Ostgebiete „wiederzugewinnen“. Die kritische Haltung und revanchistische Rhetorik manifestierten sich besonders während der Heimattreffen, in zahlreichen Ansprachen oder Festreden und in sich regelmäßig wiederholenden Verpflichtungen etwa: *„Wir werden nie nachlassen in unserem Streben, unserer Heimat die Freiheit und ihr Deutschtum wiederzugewinnen“*. Die Zeitschrift „UNSER DANZIG“ bietet eine ganze Reihe von Texten an, in welchen die Forderungen nach Wiedergewinnung/Rückgewinnung in jener Zeit veröffentlicht wurden, wie z.B. die folgenden aus einer Nummer von 1956: *„Letzten Endes geht es um die Wiedergewinnung unserer Heimat und bei diesem Bestreben bildet UNSER DANZIG einen wesentlichen Faktor. Es soll die echte Brücke zur Heimat bilden. Es vertritt unseren Kampf darum, daß das an ihr verübte Unrecht wiedergutmacht, daß Danzig wieder unser eigen wird“*. Oder: *„Wir werden uns erneut zu unserer Verpflichtung bekennen, nicht zu ruhen, ehe wir nicht unser Recht in unserer Heimat wiederhergestellt haben!“* u.ä. Bekannt sind spätere, heftige Proteste von Vertriebenenverbänden gegen die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze im Jahr 1970 sowie gegen den Grenzvertrag von 1990. Kritisiert wurde in den 1970er Jahren auch die Tätigkeit der deutsch-polnischen Schulbuchkommission, die bei der Herausarbeitung der Empfehlungen die Vertreibung als geschichtliches deutsches Thema verschwiegen und den Schlüsselbegriff „Vertreibung“ nicht verwendet, sondern durch andere euphemistische Termini, wie „Transfer“ oder „Umsiedlung“, ersetzt hat. Diese Konfliktfelder, d.h. die Ostverträge und die Schulbuchempfehlungen und die mit ihnen verbundenen Anklagen, Forderungen und kämpferische Losungen aus diesen Zeitperioden, können auch in „UNSER DANZIG“ verfolgt werden. Seit 1972, nachdem die Oder-Neiße-Grenze durch die Bundesrepublik anerkannt und der Warschauer Vertrag ratifiziert worden waren, wurden territoriale Ansprüche der Vertriebenenverbände durch einen Kampf um die Menschenrechte ersetzt. Dieses Argumentationsmuster, d.h. die Berufung auf Menschenrechte, genauer gesagt, die Forderung nach der Beachtung der Menschenrechte durch andere Staaten, u.a. durch Polen, sicherte den Vertriebenenorganisationen eine weitere politische Existenz, denn nach der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze und dem Abschied vom territorialen Kampfziel drohte ihnen eine Marginalisierung (JAKUBOWSKA 2012: 108). Das Motiv des Rechtskampfes und das Kritisieren der Rechtsgrundlage für die neue Grenzregelung erwiesen sich als insofern politisch günstig, als sie bis zum Beitritt Polens zur EU aktuell geblieben sind. Die mit dem Begriff „Recht“ verbundenen Ausdrücke und Formulierungen wurden fast zu Routineformeln, die bei jedem Anlass, sei es bei einem Heimattreffen, sei es in einem Gespräch mit einem prominenten Vertreter der Bundesregierung (meist CSU- und CDU-Politiker), wiederholt wurden. Gemeint sind z.B. folgende, in vielen Texten wiederholte Phrasen: *„Die Vertreibung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg war völkerrechtswidrig“*; *„Der Grenzvertrag mit Polen von 1990 war rechtswidrig“*. *„Die polnische Gesetzgebung ist bis heute rechtswidrig“*. Besonders vor dem Beitritt Polens zur EU (2004) entwickelten die Vertriebenenverbände eine sog. Blockadepolitik und intensivierten ihren politischen Kampf um die Beachtung der Menschenrechte. Aus dieser Zeit, d.h. aus den Jahren 2000, 2001 und 2004 kommen z.B. folgende in der Zeitschrift „UNSER DANZIG“ publizierte vorwurfsvolle Äußerungen und Appelle, in denen die Autoren die rechtliche, mit der Vertreibung verbundene Lage in Polen kritisieren und sich zugleich als Opfer des Unrechts profilieren: *„Polen soll das Recht*

der Heimatvertriebenen respektieren“; „Polen soll menschenrechtswidrige Dekrete abschaffen!“; „Heimatrecht ist ein fundamentales Menschenrecht“; „Das Recht auf die angestammte Heimat ist ein Grundrecht“; „Das Delikt der Vertreibung dauert fort: das Recht auf Rückkehr vertriebener Deutscher ist bislang – trotz der Wende – nicht eingeräumt!“; „Wir fordern und verlangen heute wie gestern die Verwirklichung des Heimatrechts“; „Wir bestehen auf das Recht auf die Heimat, das für die Vertriebenen noch nicht verwirklicht ist“; „die polnischen Entrechtungsdekrete, die bis heute fortgelten und allen Menschenrechtsnormen widersprechen“; „Polen soll das Recht auf die Heimat respektieren und Eigentums- sowie Entschädigungsfragen lösen“; „Das Vertreibungsunrecht dauert für die deutschen Vertriebenen fort, da sie ihr Recht auf die angestammte Heimat bis heute nicht geltend machen können“; „Der EU-Beitritt ist nur möglich, wenn die rechtswidrigen Vertreibungsdekrete aufgehoben werden“; „Wir fühlen uns berufen zu verlangen, dass das Recht auf die Heimat anerkannt und verwirklicht wird“; „Das Recht auf die Heimat begründet den völkerrechtlichen Anspruch auf unbehelligtes Verbleiben in der Heimat sowie auf jederzeitige unbehinderte Rückkehr in die Heimat“. Nachdem Polen sowie andere mittel- und osteuropäische Länder im Jahre 2004 der EU beigetreten waren, wurden sie auf den ersten Seiten von „UNSER DANZIG“ zunächst herzlich begrüßt, mit den Worten: „Unsere Nachbarländer sind uns willkommen!“. In demselben Text, ein paar Zeilen weiter, werden aber die neu aufgenommenen Länder wegen ihrer „rechtswidrigen Gesetze“ ermahnt: „Der willkommene Beitritt wird aber dadurch beschwert, daß nicht alle Beitrittsländer die Menschenrechtsnormen erfüllen. Nach wie vor gibt es in vier Ländern Vertreibungs- und Entrechtungs Gesetze, die ihre Wirkung bis zum heutigen Tage entfalten. Diese Gesetze widersprechen den Menschenrechten, dem Völkerrecht und den Kriterien von Kopenhagen“. Die aktive kritische Haltung des Autors kommt auch in den folgenden Sätzen zum Vorschein: „Der Bund der Vertriebenen wird weiterhin beharrlich menschen- und europarechtskonforme Gesetze einfordern. Wir appellieren an das Europäische Parlament und die Europäische Kommission, strikt auf die Umsetzung des Europäischen Vertragsrechts durch die neuen Mitglieder zu achten.“

Nach dem Beitritt der ost- und mitteleuropäischen Länder zur EU scheinen schärfere Töne der Vertriebenenorganisationen als jahrelanger Kritiker schwächer zu werden. Beigetragen haben dazu einige mediale Ereignisse, die ihnen insgesamt geschichtspolitischen Erfolg gebracht haben. Das Projekt „Zentrum gegen Vertreibungen“, für das Erika Steinbach viele Politiker, Publizisten und Wissenschaftler gewann, die Ausstellung „Erzwungene Wege. Die Flucht und Vertreibung im Europa des 20. Jahrhunderts“, die in fast allen Bundesländern 2007 und 2008 gezeigt wurde, sowie der im deutschen Fernsehen (ARD, März 2007) präsentierte Spielfilm „Die Flucht“ haben viel Aufmerksamkeit erregt, wurden national und sogar international diskutiert. In einem Bericht über die Wanderausstellung „Erzwungene Wege“ finden sich folgende, auch in „UNSER DANZIG“ (2007) publizierte Worte: „Das Thema Vertreibung der Deutschen hat eine Intensität im öffentlichen Bewusstsein erlangt, wie seit Jahrzehnten zuvor nicht mehr. Es gibt nun ein reges Interesse, gepaart mit Mitgefühl und einem neuen Engagement für diesen einschneidenden Teil deutscher Geschichte“. Vor allem die Idee des Zentrums gegen Vertreibungen, verbunden mit dem Konzept der Bundesregierung „Sichtbares Zeichen. Flucht, Vertreibung, Versöhnung“, gibt den organisierten Vertriebenen das jahrelang erwartete Gefühl des

Erfolgs: Sie werden ihre eigene Vertreibungsgeschichte mit ihrer Geschichtsdeutung im europäischen Kontext dokumentieren und der Öffentlichkeit präsentieren können. Und sie werden dabei nicht nur als ewige Kritiker, sondern auch als erfüllte Geschichtswächter erscheinen.

4.3 Topos des Täters

Wo es Opfer gibt, sind auch Täter da. Im Kontext des Zweiten Weltkrieges bringt der Topos des Täters relativ eindeutige Konnotationen: „Täter sind Funktionsträger der NSDAP und die Handlungsbeteiligten der national-sozialistischen Herrschaft“ (Kämper 2007: XIII). Da der Krieg vom deutschen Boden ausging und die Kategorie „der Handlungsbeteiligten“ vage und nicht immer überprüfbar war, war insgesamt umstritten, ob sich die Deutschen, darunter die deutsche Zivilbevölkerung, überhaupt als Opfer ansehen können, indem sie die Geschichte reduzieren, die Ursachen für Flucht und Vertreibung ausblenden und lediglich kurz und ab und zu auf den Holocaust sowie auf NS-Verbrechen hinweisen. Dieser Täter-Opfer-Rollenwechsel ist besonders im Falle der Flucht- und Vertreibungsgeschichte sichtbar, was Bachmann in seinen Reflexionen über eine polnische Schuld an der Vertreibung in folgenden Worten ausgedrückt hat: „Opfer gewesen zu sein, schließe nicht aus, auch Täter geworden sein zu können“ (zit. nach BACHMANN 1996: 62). Infolge der deutschen und sowjetischen Bevölkerungspolitik kristallisierte sich schon während der Kriegshandlungen unter der Mehrheit der Polen die Überzeugung heraus, dass die Aussiedlung der Deutschen aus den Ostgebieten unerlässlich sein würde. Von Polen wurde die Vertreibung der deutschen Zivilbevölkerung nach 1945 als geeignete Reaktion auf Ereignisse zwischen 1938-1945, als diese Nation zum Opfer des deutschen Nationalsozialismus wurde, begriffen. Falls Deutsche nicht nur Henker sind, sondern unter der Vertreibung auch gelitten haben, erhebt sich die Frage nach der Beteiligung der Polen an diesen Ereignissen. Polen war zwar der Vollstrecker der Politik der Alliierten, d.h. der Potsdamer Beschlüsse, hat aber von sich aus die ethnische Säuberung der gewonnenen Gebiete, die sog. „wilde Vertreibung“, vorgenommen, die noch vor der Potsdamer Konferenz gewaltsam und rechtswidrig durchgeführt wurde. Auch polnische Historiker weisen darauf hin, dass es bis August 1945 zu vielen Gewalttaten gekommen ist (z.B. BORODZIEJ 2003: 102). In der Zeitschrift „UNSER DANZIG“ mangelt es daher nicht an antipolnischen Stimmen, die die Nachkriegszeit betreffen und die Polen als Täter stigmatisieren sollen. In den 1950er und 1960er Jahren wurde Polen als „Okkupant“ der früheren ostdeutschen Gebiete dargestellt. Gang und gäbe sind in dieser Zeit solche Bezeichnungen wie: „Annexion“, „gewaltsame Besetzung“, „kriegerische Besetzung“, „widerrechtliche Besetzung“, „Okkupationszustand“, „Fremdjoch“. Einige Zitate aus einer Nummer von „UNSER DANZIG“ von 1956 und 1963: *„Die polnischen Maßnahmen in Danzig am Ende des Zweiten Weltkrieges waren Annexion“*; *„Danzig ist in einem Okkupationszustand, in einer kriegerischen Besetzung“*; *„Die Annexion Danzigs durch Polen verkörpert die latent fortbestehende Staatsgewalt“*; *„Die Annexion Danzigs ist ein einseitiger Gewaltakt“*; *„Seit 18 Jahren beherrschen Fremde unseren alten Lebenskreis mit nackter Gewalt zum Hohn jeder Rechtsordnung“*; *„Danzig muss vom*

Fremdjoch befreit werden“ u.ä. Äußerungen dieser Art kennzeichnen zwei Rollen, die Rolle des Täters, der explizit als „Besetzer“, „Eroberer“ bezeichnet wird, und zugleich die Rolle des Opfers, die implizit den ehemaligen deutschen Danzigern zugewiesen wird. Nach der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze durch die Bundesrepublik blieb der polnischen Seite eine zweite Täterrolle, und zwar die Rolle eines „Vertreiberstaates“ und somit eines „Unrechtsstaates“, mit der Polen auch die Jahrtausendwende beschritten hat. Aus dieser Rolle lässt sich nicht heraustreten, denn sie ist allein im durchgesetzten Schlüsselbegriff „Vertreibung“ involviert. Den Topos des Täters konstituieren also zunächst implizite Mittel, die gleichzeitig im Dienste des Topos des Opfers stehen und die auf Polen als Täter mittelbar hinweisen. Ihre Bedeutungsstruktur löst nämlich die Frage „von wem?“ aus: (Heimat)Vertriebene/Enteignete/Entrechtete/Entwurzelte – von wem? Genauso verhält es sich mit nur formal deagentivierten Passivkonstruktionen oder erweiterten Attributen, wie in den folgenden Beispielen, die aus den Jahrgängen 2000, 2001 und 2004 stammen und beim Erinnern an die Nachkriegszeit in „UNSER DANZIG“ immer wieder auftauchen: *„Wir wurden aus unserer Heimat gewaltsam vertrieben“*; *„Wir wurden aus unserer heimatlichen Verwurzelung herausgerissen“*. Sätze und Phrasen mit dem expliziten Agens in Form des Subjektes oder Präpositionalobjektes machen klar, wer als Täter (mit)gemeint ist: *„Die widerrechtliche Besetzung durch die Polen“*; *„das von Polen verursachte Unrecht“*; *„völkerrechtswidrige Besetzung Danzigs durch die Polen“*; *„Die völkerrechtswidrige systematische Vertreibung der deutschen Bevölkerung unter Zurücklassung ihres Eigentums war eine Unrechtsbehandlung, zu der sich Polen bis heute noch nicht bekannt hat“*; *„Polen als Vertreibungsstaat, als Konfiskationsstaat sollte vor dem EU-Beitritt das geschehene völkerrechtliche Unrecht verurteilen, die Rechtswidrigkeit der Akte anerkennen“*; *„Polen soll die menschenrechtswidrige, diskriminierende Dekrete abschaffen, sonst bleibt es ein Unrechtsstaat“*; *„Polen und Tschechien haben zwar Tausende ihrer Vorschriften dem europäischen Recht angepasst, doch daß Europa eine Werte- und Rechtsgemeinschaft ist, scheint mancher dort noch nicht verinnerlicht zu haben“*. Die beiden Topoi, der Topos des Opfers und der Topos des Täters, werden komplementär zur Kontrastierung als Argumentationsstrategie verwendet: ‚Wir Heimatvertriebenen als Opfer‘ vs. sie, d.h. Polen als ‚Vertreiberstaat und als Unrechtsstaat, der uns unendliches Leid zugefügt hat‘.

In den zwei letzten Jahrgängen der Heimatzeitschrift „UNSER DANZIG“ (2007, 2008) werden die oben zitierten vorwurfsvollen Äußerungen mit dem expliziten Hinweis auf einen konkreten Täter (meist Polen und Tschechien) kaum beobachtet. Die Sprache scheint ruhiger geworden zu sein. Es wird weder kritisiert noch beschuldigt. Neben dem exklusiven Terminus „Vertreibung“ wird auch die Phrase „Flucht und Vertreibung“ verwendet, die die Nachkriegszeitereignisse adäquater wiedergibt. Neben der Bezeichnung „Vertreibungsoffer“, die häufig mit dem Hinweis besonders auf Polen und Tschechien gebraucht wurde, erscheinen auch die Phrasen „Opfer der Geschichte“, „Opfer der Politik“, „Opfer des Schicksals“, in denen als Täter ein erweiterter Geschichtskontext angenommen werden kann. Und neben der jahrelang benutzten Formulierung „das uns **von Polen** angetane Unrecht“ findet sich die Phrase „das **von Deutschen und Polen** angetane Unrecht“. Polen wird nicht mehr vor allem als Täter stigmatisiert, nicht mehr meist aus der Perspektive einer Konfrontation betrachtet, sondern wird als Partner für einen Dialog wahrgenommen. Und diejenigen, die seit 1945 in Gdańsk leben, sind nicht mehr „Fremde“ oder „die dort

Wohnenden“, sondern sind zu „polnischen Bürgern Danzigs“ avanciert. In einer festlichen Veranstaltung, die im Rahmen des Tags der Danziger 2007 stattgefunden hat, kommt dieser Wandel von der täterorientierten Phrase „durch Polen“ zur partnerorientierten Phrase „mit Polen“ mehrmals zum Ausdruck: *„Danzig mit seiner Jahrhundertealten Tradition als Wirtschafts- und Kulturmetropole im Ostseeraum ist dabei zu Recht ein Reiseziel, das viele Besucher anzieht. Auch die Begegnung mit den polnischen Bürgern dient der Verständigung und dem friedlichen Miteinander“* oder im folgenden Fragment: *„Aber nicht nur die Dokumentation der Vergangenheit ist unsere Aufgabe, sondern wir treten für ein vernünftiges Zusammenleben der Völker in der Zukunft ein. Mit den heutigen polnischen Einwohnern Danzigs haben wir auf kultureller Ebene bereits viele Fortschritte erreicht.“*

4.4 Topos des Gedächtniswächters

In der politischen Narration, die in der Heimatzeitschrift „UNSER DANZIG“ von Anfang an bis zur letzten Nummer (Dezember 2008) entwickelt wird, erscheinen die organisierten Vertriebenen nicht nur als Opfer, sondern auch als Zeitzeugen, die ein besonderes Recht auf das Erinnern an die alte Heimat haben. Das Gebot des Erinnerns an das frühere Danzig, d.h. an Danzig, in dem die Deutschen Jahrhundertlang dominant waren und die Geschichte der Stadt mitgestalteten, kann man als primäres Ziel der Zeitschrift betrachten, das ihrer Entstehung im Jahr 1949 zugrunde lag. Dieses Ziel manifestiert sich vor allem in informationsbetonten Texten, in denen an verschiedene geschichtliche und kulturelle Ereignisse Danzigs oder an bekannte mit Danzig verbundene Persönlichkeiten erinnert wird. In historischen und kulturorientierten Texten sind zwei Identitäten Danzigs deutlich, und zwar Danzig als Hansestadt und Danzig als eine deutsche Stadt. Das Ziel, die alte Heimat vor dem Vergessen zu bewahren, realisieren auch andere Texte, die z.B. unter dem Motto „Aus dem Danziger Volksleben“ erscheinen und die alte Danziger Sitten und Bräuche „vergegenwärtigen“ sowie individuelle Erinnerungen an Danzig als Heimatstadt, z.B. Reiseberichte, in denen persönliche Eindrücke und Erlebnisse während eines Besuchs in Danzig wiedergegeben werden.

In politischen Texten, die Gegenstand dieses Beitrags sind, geht es nicht so sehr um das Erinnern schlechthin als viel mehr darum, wie an Danzig erinnert werden soll. Festreden, Ansprachen, die während der Heimattage sowie zu unterschiedlichen Jubiläen gehalten werden oder politische Kommentare, in denen aktuelle politische Fragen beurteilt werden, sind unmittelbare Instrumente der Erinnerungspolitik und stellen politische Erinnerungspraxis dar. Die oben skizzierten Topoi (Topos des Opfers und Topos des Täters) zeigen, dass beim politisch orientierten Erinnern an Danzig die Vertreibung ein dominantes Thema bildete, das bis 2008 von organisierten Vertriebenen als Medienakteuren immer wieder behandelt wurde. Politisches Erinnerungsbild ist bis zum letzten Jahrgang ein Vertreibungsbild. Durch eine konsequent eingesetzte Vertreibungsrhetorik mit einer stark akzentuierten Perspektive des Opfers und der mit gemeinten Perspektive des Täters gelang es den Vertriebenenorganisationen – ein solches Gefühl dürften sie haben – das Geschichtsbild von 1945 mitzuprägen und die deutschen Heimatvertriebenen in die europäische Opfergemeinschaft – neben den Holocaustopfern – einzuführen. Ihr jahrzehntelanges Erinnern an das Jahr 1945 aus der

Perspektive leidvoller Erfahrungen brachte Früchte in Form einer institutionellen Legitimierung ihrer Vertreibungsgeschichte, d.h. in Form der Stiftung „Zentrum gegen Vertreibungen“ und ihrer modifizierten Form „Sichtbares Zeichen. Flucht, Vertreibung, Versöhnung“. Durch die beiden Stiftungen, die Stiftung des Bundes der Vertriebenen von 1999 und die bundesdeutsche Stiftung von 2008, kam es zur Materialisierung des Gedächtnisses. Den organisierten Vertriebenen gelang es dadurch, die Ereignisse von 1945 nicht nur zum Teil des kollektiven, sondern auch des kulturellen Gedächtnisses zu machen, dessen Wesen in der Vermittlung von Bedeutungen an weitere Generationen besteht. „Das kulturelle Gedächtnis, im Unterschied zum kommunikativen, ist eine Sache institutionalisierter Mnemotechnik“, wie ASSMANN feststellt (2002 : 52). Der Verfasser hebt auch hervor: „Für das kulturelle Gedächtnis zählt nicht faktische, sondern nur erinnerte Geschichte“ (ebd.). Eine große nationale Aufgabe und erinnerungspolitische Ambitionen der Vertriebenenpolitiker scheinen sich also zu erfüllen: Die deutschen Heimatvertriebenen können als Opfer, als eine besondere Opfergruppe anerkannt werden. Und die organisierten Vertriebenen sollen als Gedächtnisträger und Gedächtniswächter in der internationalen Öffentlichkeit wahrgenommen werden. Der Topos des ewigen Kritikers hört nach 2004 auf, eine Rolle zu spielen. Der Topos des Täters muss nicht mehr explizit ausgedrückt werden; er ist im Topos des Opfers mit enthalten. Die Rolle des Opfers und die Rolle des Gedächtniswächters scheinen alles andere zu kompensieren. Die deutschen organisierten Vertriebenen werden sich als Mitautoren der deutschen Nachkriegsgeschichte, als Teilnehmer des Opferdiskurses und als Mitgestalter des Erinnerungsdiskurses im Zentrum gegen Vertreibungen verewigen und das kulturelle Gedächtnis konstituieren.

Der Topos des Gedächtniswächters äußert sich nicht nur in den Diskussionen um die Vertreibungsgeschichte, sondern auch in zahlreichen Deklarationen der Vertreibungsorganisationen. Von Anfang an setzten sich auch die Herausgeber der Zeitschrift „UNSER DANZIG“ zum Ziel, Danzig als Heimatort für viele Deutsche im Gedächtnis zu bewahren. Die Pflicht des Gedächtnisses wiederholt sich regelmäßig bis zur Jahrtausendwende in solchen Parolen, wie: „*Wir müssen alles tun, um die Danziger Vertriebenen als Heimatvertriebene nicht zu vergessen!*“; „*Wir müssen alles tun, um erschütternde Ereignisse, Leid, Tod, Grausamkeiten vor dem Vergessen zu bewahren*“; „*Wir müssen alles tun, um das Erbe unserer Heimatstadt zu pflegen und wachzuhalten!*“; „*Wir müssen das Vertreibungsgeschehen aufarbeiten und den nachwachsenden Generationen die ganze geschichtliche Wahrheit übermitteln*“. Um der Erinnerungspolitik einen höheren Rang zu verleihen, wird das Gebot der Erinnerung mit dem Gebot der Mahnung gekoppelt. Dies ist besonders bei der Begründung des Projektes „Zentrum gegen Vertreibungen“ sichtbar, wenn konsequent beispielsweise in folgenden Äußerungen versichert wird: „*Dieser Ort soll Mahnung sein, Vertreibungen weltweit zu ächten und die Völkergemeinschaft zu sensibilisieren*“ oder: „*Mit dieser Einrichtung wollen wir dazu beitragen, dass anderen Menschen unser Schicksal der Vertreibung erspart bleiben möge*“. Auf diese Weise realisieren die Autoren politischer Texte die Argumentationsstrategie einer Neukontextualisierung: Eigene politische Ziele versucht die Redaktion der Zeitschrift in einen breiteren europäischen Kontext zu integrieren. Die in die Kommentare eingesetzten Ausdrücke, wie „europäisch“ oder „weltweit“, sollen die Relevanz des Zentrums gegen Vertreibungen in Europa hervorheben, wie beispielsweise in den folgenden Äußerungen:

„Bei der Aufgabestellung für das Zentrum gegen Vertreibungen handelt es sich nicht nur um ein Anliegen der deutschen Heimatvertriebenen, sondern um einen Teil gesamtdeutschen Schicksals und gesamtdeutscher, ja europäischer Geschichte“; „Wir möchten, dass das Thema Vertreibungen als wesentlicher Teil deutscher und europäischer Geschichte in der Hauptstadt angesiedelt ist“; Das Zentrum soll durch seine Tätigkeit Vertreibungen weltweit entgegenwirken“. Um als glaubwürdige Gedächtniswächter und aufrichtige Mahner zu erscheinen, betonen die Vertriebenen ihre friedlichen Intentionen und wollen in der Öffentlichkeit als diejenigen wahrgenommen werden, die zur europäischen Versöhnung einen großen Beitrag geleistet haben. Explizit ausgedrückt ist dies z.B. in folgenden Deklarationen: „Durch aktives Tun wollen wir den Prozess des Zusammenwachsens in Europa fördern und damit weiterhin zur friedlichen Entwicklung beitragen“ oder: „Mit der Aufarbeitung aller Facetten des 20. Jahrhunderts wollen wir die Grundlage für ein dauerhaftes friedliches Miteinander der Völker schaffen“.

5. Zusammenfassung

Das Ziel des Beitrags war es, die vom Bund der Danziger von 1949 bis 2008 herausgegebene Heimatzeitung „UNSER DANZIG. Mitteilungsblatt des Bundes der Danziger e.V.“ vorzustellen. Sie ist mit der Intention entstanden, das frühere deutsche Danzig vor dem Vergessen zu bewahren. Besonderes Augenmerk wurde auf das politische Profil der Zeitung nach 2000 gerichtet, obwohl auch frühere Zeiträume bei den Reflexionen vereinzelt Berücksichtigung finden. Der politische Teil der Zeitschrift ist durch das komplexe und kontroverse Thema der Vertreibung von deutscher Zivilbevölkerung in der Zeit 1945–49 dominiert. Im Namen der deutschen Vertriebenen treten Mitglieder der Vertriebenenorganisationen auf, die als aktive Medienakteure mit Hilfe ihrer politischen Texte (Kommentare, gedruckte Festreden oder Ansprachen) eine Heimat- und Erinnerungspolitik entwickelten und immer noch entwickeln. Von dieser Perspektive ausgehend wurde versucht, die für das politisch orientierte Erinnern charakteristischen Topoi zu ermitteln und auf ihren Wandel hinzuweisen. Von Anfang an, d.h. seit den 1950er Jahren bis zum letzten Jahrgang der Zeitschrift (2008), erscheinen die organisierten Vertriebenen in erster Linie als Opfer. Der Topos des Opfers ist am stärksten ausgeprägt. Er manifestiert sich in konsequent verwendeten, expliziten und impliziten Ausdrucksmitteln. Gleichzeitig stellen sich politisch aktive Vertriebene als Kritiker dar, die jahrzehntelang gegen die neue politische Regelung nach 1945 protestierten und politische Forderungen stellten. Schließlich wollen sie als Gedächtniswächter wahrgenommen werden, die sich dazu verpflichtet fühlen, den Heimatgedanken an das deutsche Danzig wachzuhalten. Neben den drei genannten Topoi, dem Topos des Opfers, des Kritikers und des Gedächtniswächters, die das Selbstbild der politisch engagierten Vertriebenen konstituieren, spielt auch der Topos des Täters für die politische Narration von „UNSER DANZIG“ eine Rolle, wobei mit dem Täter in diesem Beitrag nur Polen gemeint ist. Dieser Topos beeinflusste die politische Narration und die Vertreibungsrhetorik der Zeitschrift besonders in den 1950er und 1960er Jahren. Nach 2004, d.h. nachdem Polen der EU beigetreten ist und seitdem sich die Idee des Zentrums gegen Vertreibungen immer stärker durchgesetzt hat, scheint dieser Topos – ähnlich wie der Topos des ewigen Kritikers – an ihrer

Intensität verloren zu haben und bleibt nur in impliziten Ausdrucksmitteln erhalten. Der Topos des Opfers und des Gedächtniswächters haben ihre Aktualität – im Vergleich zu den früheren Jahrzehnten – beibehalten. Die durch den Zeitverlauf und durch die deutsch-polnische, politische Entwicklung bedingte harmlosere Haltung der organisierten Vertriebenen, darunter auch der organisierten Danziger, bildete wohl eine Grundlage für die Umbenennung der Zeitschrift „UNSER DANZIG“ im Oktober 2013. Seit fast drei Jahren erscheint sie quartalsjährlich unter dem Titel „DANZIG. Mitteilungsblatt des Bundes der Danziger e.V.“ und ist unter diesem neuen Titel zweifellos einer separaten Untersuchung wert.

Literatur

- ASSMANN, Jan (2002): *Das kulturelle Gedächtnis: Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen*. München.
- BACHMANN, Klaus (1996): Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten des heutigen Polen im Spiegel der Geschichtsschreibung und der öffentlichen Meinung. In: *Transodra* 12/13. *Dokumentation der Konferenz: Gedächtnis – Deutsche und Polen im Gedenkjahr 1995 – Bilanz und Vergleich*. Dezember 1995, 48-63.
- BORODZIEJ, Włodzimierz (2003): Ucieczka – wypędzenie – wysiedlenie przymusowe. W: LAWATY, Andreas / ORŁOWSKI, Hubert (Hg.): *Polacy i Niemcy. Historia – kultura – polityka*. Poznań, 98-106.
- GOSCHLER, Constantin (2005): „Versöhnung“ und „Viktimisierung“. Die Vertriebenen und der deutsche Opferdiskurs. In: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 53, 10, 873-884.
- HAHN, Eva / HAHN, Hans Henning (2010): *Die Vertreibung im deutschen Erinnern. Legenden, Mythos, Geschichte*. Paderborn.
- KÄMPER, Heidrun (2007): *Opfer – Täter – Nichttäter: Ein Wörterbuch zum Schuldiskurs 1945-1955*. Berlin.
- LOEW, Peter Oliver (2013): *Gdańsk. Biografia miasta*. Instytut Kultury Miejskiej. Gdańsk.
- LÜGER, Heinz-Helmut (²1995): *Pressesprache*. Tübingen.
- JAKUBOWSKA, Anna (2012): *Der Bund der Vertriebenen in der Bundesrepublik Deutschland und Polen (1957-2004)*. Marburg.
- OSSOWSKI, Mirosław (2011): *Literatura powrotów – powrót literatury. Prusy Wschodnie w prozie niemieckiej po 1945 roku*. Gdańsk.
- PISKORSKI, Jan M. (2007): *Vertreibung und deutsch-polnische Geschichte. Eine Streitschrift*. Osnabrück.
- RÖGER, Maren (2011): *Flucht, Vertreibung und Umsiedlung. Mediale Erinnerungen und Debatten in Deutschland und Polen seit 1989*. Marburg.